



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Souveräner Sieg für LRV-Fahrer
Mountainbiker Romano Püntener kann das U19-Rennen in Huttwil für sich entscheiden. 17

Liechtensteiner Unterstützung
180 Mitglieder zählt der Fanclub «FC Bayern Freunde Liechtenstein», der bereits zehn Jahre alt ist. 13



St. Galler Bürgerliche wollen Steuersenkung

Der St. Galler Finanzchef Marc Mächler hat am Mittwoch das Budget 2023 präsentiert – mit einem nur kleinen Minus. Die Rede ist von einem operativen Aufwandüberschuss von 79,5 Millionen Franken. Das Eigenkapital nimmt leicht ab, stellt aber laut Regierung nach wie vor ein solides Polster dar. Allerdings prägen angesichts der jüngsten geopolitischen Ereignisse hohe wirtschaftliche Unsicherheiten die Budgetierung und Finanzplanung des Kantons. Die Rechnung 2022 wird voraussichtlich um 214 Millionen Franken besser abschneiden als veranschlagt. Für die bürgerlichen Fraktionen von SVP, Die Mitte und FDP ist nach der Präsentation des Budgets 2023 klar: Die Steuern sollen gesenkt werden – um die Teuerung abzufedern und die Bevölkerung zu entlasten. Die höheren Energiekosten und die steigenden Lebenshaltungskosten belasteten die Haushaltsbudgets. Die SP lehnt eine Steuersenkung ab. Es brauche nun gezielte Entlastungen für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. (sgtb)

Sapperlot

Sechs Spiele – null Punkte. Liechtensteins Fussball-Nati ist nach der Nations League die schwächste Nation Europas – zusammen mit San Marino. Ein Teil dieses Misserfolges ist mit der Kleinheit des Landes zu erklären. Bei knapp 40 000 Einwohnern sind nun einmal einfach viel weniger Jungs, die Fussball spielen wollen und alles dafür geben, vorhanden – verglichen mit anderen kleinen Ländern wie Island (knapp 400 000 Einwohner) oder Luxemburg (rund 650 000 Einwohner). Die wenigen Talente im Land müssen gefördert werden und da wird immer wieder der FC Vaduz kritisiert, dass er zu wenigen Spielern Profiverträge anbietet. Keine Kritik erhalten andere Vereine, wie der USV oder Balzers. Auch dort könnten sich mehr Natspieler verbessern, doch spielen dort seit Jahren, vor allem beim USV, sehr viele Vorarlberger oder Schweizer – nicht gratis notabene. Zuletzt müssen die Talente aber auch wirklich wollen – auch viermal die Woche trainieren – wie Natitrainer Stockklaas jetzt fordert. Philipp Kolb

Unerwartet: Niemand fordert eine Preisbremse

Das neuerliche «Erdbeben» in Form von Bad News war im Landtag Nebensache.

Desirée Vogt

Am Dienstag ging es Schlag auf Schlag: Die LKW vermeldeten massive Preissteigerungen für 2023. Nur kurze Zeit später rief die Wirtschaftskammer in einem Schreiben nach Staatshilfe. Der DpL-Abgeordnete Thomas Rehak forderte schliesslich in einem Leserbrief, die Netznutzungsgebühren für das Jahr 2023 komplett auszusetzen. Und die Regierung kündigte schliesslich an, dass eine Taskforce bis Oktober Vorschläge vorlegen soll, wie die Preisexplosion gemildert werden kann. Viel Sprengstoff also an einem Tag, der am Mittwoch auf hitzige Debatten im Landtag schliessen liess. Doch wer darauf gehofft hatte, dass die Abgeordneten von der Regierung nun eine Preisbremse fordern, hatte sich ordentlich getäuscht. Es bleibt an der Taskforce der Regierung, sich Gedanken zu machen.

Bereits konkrete Massnahmen für Einkommensschwache

Die Regierungschef-Stellvertreterin nahm die Gelegenheit dennoch wahr, sich zu den explodierenden Gas- und

Stromkosten zu äussern. «Wir sind uns bewusst, dass die hohen Energiepreise für einkommensschwache Haushalte und energieintensive Unternehmen zu Schwierigkeiten führen können.» Deshalb habe die Regierung eben eine Taskforce eingerichtet, um die Situation zu analysieren und allfällige Massnahmen zur Abfederung zu treffen. Ein erster Bericht werde im Oktober vorliegen. Im Bereich der Sozialhilfe-Empfänger sowie Bezüger von Ergänzungsleistungen verfolgt Gesellschaftsminister Manuel Frick allerdings bereits konkrete Pläne und verkündete: «Die aktuelle Lage wird sich im Jahr 2023 auf die Ausrichtung der allgemeinen wirtschaftlichen Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen für Rentner auswirken. Um den Anstieg der Energiepreise abzufedern, plant die Regierung, die entsprechenden Pauschalen via Verordnung für ein Jahr befristet anzupassen.»

Landtag will konkrete Projekte – zu fast jedem Preis bereit

In den vergangenen Monaten nutzten die Abgeordneten die Information der Regierung zur aktuellen Situation be-

züglich Ukraine-Konflikt jeweils dafür, um ausgiebig über die Energieversorgung und auch die befürchteten steigenden Preise zu debattieren. Immer wieder stand auch die Frage im Mittelpunkt, wie einkommensschwache Privathaushalte, aber auch die Wirtschaft dies verkraften sollen. Dieses Mal blieb diese Diskussion aber aus.

Stattdessen verlagerte sich die Energiediskussion auf die Postulatsbeantwortung betreffend die Stromversorgungssicherheit. Mit der nicht so neuen Erkenntnis, dass der Eigenversorgungsgrad dringend erhöht werden muss. Geht es nach dem einen oder anderen Abgeordneten, soll dies um jeden Preis geschehen. Gegen den Vorwurf, dass die Regierung in dieser Hinsicht «keinen Plan» habe, verwehrt sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni. Die Energiestrategie 2030 gebe hier den Rahmen vor und enthalte die vom Landtag geforderten konkreten Ziele und Massnahmen. «Die Massnahmen werden aktuell abgearbeitet.» Kurzfristig gebe es aber weiterhin nur ein Mittel, um eine Energiemangellage zu verhindern: Energie sparen. 4, 5

Graubünden stellt Olma-Programm vor

Dieses Jahr ist Graubünden Gastkanton an der Olma. Man wolle sich «klimaschneefrei präsentieren», sagt Regierungspräsident Marcus Caduff. Unter dem Motto «aifach gspunna!» soll das Publikum die Vielfalt und Vielsprachigkeit Graubündens kennenlernen. Zum Olma-Programm gehört unter anderem ein Capuns-Weltrekordversuch am Festumzug. 2016 war Liechtenstein Gastland an der Olma in St. Gallen. Zum diesjährigen Messeangebot gehören ausserdem Sonder-schauen zu den Themen Ernährung, Mobilität und Recycling. Die diesjährige Olma sei wichtig für den Aktienverkauf, sagt Thomas Scheitlin, VR-Präsident der Olma Messen. An einem Stand an der Messe selbst wolle man mit dem Publikum über die Olma und deren Zukunft sprechen. (sju)

Putins Rocker feiern auf dem Gotthard

Der 24. September markiert eine wichtige Erinnerung in der russischen Geschichte: Immer dann gedenken Russen und Russen in der Schöllenschlucht bei Andermatt Generalissimus Alexander Suworow, der 1799 dort im Zweiten Koalitionskrieg die Franzosen unter grossen Verlusten geschlagen hatte. Auch dieses Jahr fanden Feierlichkeiten statt, wenn auch deutlich kleiner. Schweizer Politiker waren nicht eingeladen. Dafür erschienen Biker der berühmtesten Motorrad-Gruppe Nachtwölfe, Diplomaten aus Russland und Belarus sowie Kleriker der russisch-orthodoxen Kirche. In Russland wird der Anlass, von dem in der Schweiz kaum jemand Notiz nahm, zu Propaganda-Zwecken ausgeschlachtet. Sogar das russische Aus-senministerium twitterte über die Feier in der Schweiz. Die russische Nachrichtenagentur TASS nahm die Meldung dankbar auf, schrieb von einer Feier, die trotz Widerstand der Schweizer Behörden habe stattfinden können. «Russkiymir» titelte keck: «Die Schweiz feiert den Jahrestag der Alpenüberquerung der Armee von Alexander Suworow». Das russische Aus-senministerium teilte einen Tweet dazu. (sgtb)

Wer steckt hinter der Pipeline-Sabotage in der Ostsee?



In Europa wächst die Überzeugung, dass die Lecks an den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 auf einen Sabotageakt zurückzuführen sind. Alles deute auf eine vorsätzliche Handlung hin, erklärte der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell am Mittwoch im Namen der 27 Mitgliedstaaten. 21

Bild: Keystone

Projektleitung & Bauherrenvertretung
+423 373 35 55
www.immoland.li

Immoland
seit 1985

ORIGINAL APPENZELER ALPENBITTER
START-UP.
SEIT 120 JAHREN.
APPENZELER.COM

«Absolut keine Entspannung in Sicht»

Einmal mehr informierte die Regierung im Landtag zur aktuellen Situation bezüglich Ukraine-Krieg – und dessen Auswirkungen.

Desirée Vogt

«Der Blick nach Russland und in die Ukraine verspricht für die nächsten Monate nichts Gutes», fasste Regierungschef Daniel Risch die aktuelle Situation kurz und knapp zusammen, bevor er seinen Regierungskollegen das Wort übergab. Die wichtigsten Erkenntnisse aus der gestrigen Information: Die Regierung geht in den kommenden Wochen nicht nur von einer höheren Anzahl von Schutzsuchenden aus der Ukraine aus, sondern rechnet auch mit Fluchtbewegungen aus Russland. Ausserdem plant sie konkrete Massnahmen zur Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten.

Der Krieg wirft auch Schatten auf die Wirtschaft. Werden die Preissteigerungen nun finanziell abgedeckt oder müssen Privatpersonen und Unternehmen die Mehrkosten selber tragen?

«Wir sind uns bewusst, dass die hohen Energiepreise für einkommensschwache Haushalte und energieintensive Unternehmen zu Schwierigkeiten führen können», hält Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni fest. Deshalb habe die Regierung eine Taskforce eingerichtet, um die Situation zu analysieren und allfällige

Massnahmen zur Abfederung zu treffen. Ein erster Bericht werde im Oktober vorliegen.

Liegen für die einkommensschwachen Haushalte schon konkrete Massnahmen vor?

Ja. Wie Gesellschaftsminister Manuel Frick informierte, werde sich die aktuelle Lage im Jahr 2023 auf die Ausrichtung der allgemeinen wirtschaftlichen Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen für Rentner auswirken. Um den Anstieg der Energiepreise abzufedern, plane die Regierung, die entsprechenden Pauschalen via Verordnung für ein Jahr befristet anzupassen.

Bisher war die Zahl der Asylsuchenden stabil. Warum wird nun mit einem Anstieg gerechnet?

Gemäss Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni könnte es in den kommenden Wochen sogar zu einer Verdoppelung der Anzahl Schutzsuchender kommen. Dies, weil der Krieg in der Ukraine mit der ukrainischen Offensive und der Teilmobilmachung eine neue Eskalationsstufe erreicht hat. So rechnet Monauni nicht nur mit weiteren Flüchtlingen aus der Ukraine, sondern auch aus Russland, da Männer im wehrpflichtigen Alter sowie Reservisten dem Aufruf zum Kampf



Regierungschef Daniel Risch und Stellvertreterin Sabine Monauni machten keinen Hehl aus der momentan äusserst angespannten Lage. Bild: Tatjana Schnalzger

nicht folgen wollen und fliehen, da sie sonst mit Strafen rechnen müssen.

Wird Liechtenstein auch russische Asylsuchende aufnehmen? Und werden sie gleich behandelt wie alle anderen Asylsuchenden?

Jedes Asylgesuch muss gemäss dem liechtensteinischen Asylrecht geprüft werden. Im Falle von Asylgesuchen von russi-

sehen Staatsangehörigen ist laut Sabine Monauni jeder Fall bzw. jedes Gesuch einzeln zu prüfen. Es gelte auch hier, die völkerrechtlichen Anforderungen zu berücksichtigen. «Wir werden zudem genau beobachten, wie sich andere europäische Staaten diesbezüglich verhalten.» Auch in der Frage, ob es problematisch sein könnte, ukrainische und russische Flüchtlinge gemeinsam unterzubringen, müsse man sehr sensibel vorgehen. «Dieses

Thema wird in der Taskforce Asyl bearbeitet. Und es gilt, eine Haltung mit den Partnerstaaten herauszuarbeiten.»

Wie sieht es mit neuen Unterbringungsmöglichkeiten aus?

Es werden fortlaufend neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen. Dabei hat sich vor allem die Strategie, überwiegend auf Gemeinschaftsunterkünfte zu setzen, bewährt. Aktuell wird

eine zusätzliche Unterbringungsmöglichkeit im Haus Gutenberg in Balzers geprüft. Um auf einen grösseren Ansturm vorbereitet zu sein, hat die Regierung zudem vergangene Woche in den Landeszeitungen einen Aufruf an private Liegen-schaftsvermieter gestartet.

Wie viele ukrainische Staatsangehörige halten sich derzeit in Liechtenstein auf?

Es befinden sich aktuell 300 Flüchtlinge aus der Ukraine im Land, ein Drittel davon ist minderjährig. Rund 50 davon sind bei Verwandten und Bekannten in Liechtenstein untergebracht.

Wie viele ukrainische Kinder besuchen die Schulen?

Gemäss Bildungsministerin Dominique Hasler befinden sich aktuell 24 Schüler im Lernhub der IK-DAZ (Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache) in Balzers. 45 ukrainische Kinder sind regulär eingeschult. Davon besuchen 18 den Kindergarten bzw. die Basisstufe, 11 die Primarschule, 10 die Oberstufe und 8 die Realschule. Eine junge Frau besucht das Gymnasium, 6 weitere Jugendliche das 10. Schuljahr. Die Kinder und Jugendlichen sind über fast alle Schulen im Land verteilt, um ihre Anfahrtswege so kurz wie möglich zu halten.

«Kurzfristig gibt es nur ein Mittel: Energie sparen»

Strompostulat: DpL vermissen Plan für höhere Eigenversorgung. Dagegen verwehrt sich Innenministerin Monauni.

Zu Beginn vom vierten Traktandum der Oktobersession wurden die DpL zunächst einmal mit Dankesworten für ihr Postulat überhäuft. Und tatsächlich ist der Oppositionspartei zuzugestehen: Als sie im Dezember 2021 ein Postulat zum Thema Stromversorgungssicherheit eingereicht hat, landete sie einen Volltreffer. Denn nun liegt den Abgeordneten ein ausführliches Papier der Regierung zu den drängendsten Fragen dieser Zeit vor: Wie würde Liechtenstein auf eine Stromknappheit reagieren? Und welche Möglichkeiten gibt es, um das Risiko von Mangellagen zu minimieren?

Der DpL-Abgeordnete Thomas Rehak musste zu Beginn des Traktandums selbst einräumen: «Wir hätten vor einem Jahr selbst nicht gedacht, dass dieses Thema so schnell so aktuell wird.» Denn mittlerweile können auch bislang unwahrscheinliche Szenarien wie eine Strommangellage nicht mehr völlig ausgeschlossen werden. Doch vollumfänglich zufrieden war Rehak mit der Postulatsbeantwortung der Regierung nicht. Er vermisste im Bericht eine konkrete Strategie, wie sich die Strom-Eigenversorgung des Landes «rasch und signifikant» erhöhen liesse. Darum stellte er am Ende seines Votums den An-



Kaum ist sein Strom-Postulat beantwortet, will er schon ein neues Postulat einreichen: Thomas Rehak (DpL). Bild: T. Schnalzger

trag, dass die Regierung dem Landtag bis Dezember konkrete Lösungsvorschläge präsentiere, wie das Land seinen Eigenversorgungsgrad erhöhen könne. Rehak rührte dabei nochmals die Werbetrommel für das Lieb-

lingsprojekt der DpL: das Rheinkraftwerk.

«Wir sind abhängig und verletzlich»

Unterstützung erhielt der DpL-Abgeordnete von Günter Vogt

(VU). Ihm wurde mit der Postulatsbeantwortung bewusst, «wie abhängig und verletzlich wir sind». Es sei nun an der Zeit, «alles zu unternehmen, damit Liechtenstein in der Zukunft so weit als möglich energieautark sein kann». In Richtung Freie Liste meinte der VU-Abgeordnete auch, dass die Partei ihre «Verweigerungshaltung» für ein Rheinkraftwerk im Zusammenhang mit der Rheinaufweitung aufweichen müsse.

Andere Abgeordnete erachteten jedoch das enge Zeitkorsett, das Rehak der Regierung setzen will, für unrealistisch. «Sollte die Regierung bis im Dezember einen Bericht und Antrag vorlegen, müsste sie jetzt den Saal verlassen und zu arbeiten beginnen», sagte Daniel Oehry (FBP). Und die FL-Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher hielt den Antrag geradezu für «unseriös».

Abhängigkeit ist «Schicksal eines Kleinstaats»

Auch rechtlich gab es Bedenken an Rehaks Vorgehen. So verwies Landtagspräsident Albert Frick darauf, dass ein so umfangreicher Antrag im Rahmen einer Postulatsbeantwortung «problematisch» sei. In diesem Sinne besinnte sich auch Rehak: Er werde demnächst

seinen Antrag in Form eines Postulats einreichen.

Erleichtert über diesen Rückzug war die zuständige Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni. Denn «dieser Antrag würde komplett unsere Ressourcen sprengen. Wir haben eine Energiekrise vorzubereiten, da brauchen wir jede helfende Hand.» Im gleichen Atemzug betonte Monauni: «Ich verwehre mich dagegen, dass wir keinen Plan haben.» In der vom Landtag genehmigten Energiestrategie 2030 seien konkrete Ziele und Massnahmen enthalten. «Diese Massnahmen werden aktuell abgearbeitet», so die Regierungsrätin.

Zu den Wünschen nach einem möglichst energieautarken Land mahnte Monauni: «Natürlich müssen wir die Eigenversorgung steigern. Die Frage ist aber, zu welchem Preis.» Der Landtag müsse sich bewusst sein, dass Liechtenstein aufgrund seiner Grösse in vielen Belangen stets abhängig vom Ausland sein wird. «Das ist das Schicksal des Kleinstaats», so Monauni. Und alle Bemühungen, den Eigenversorgungsgrad zu erhöhen, werden in der aktuellen Krise nicht greifen. «Kurzfristig gibt es nur ein Mittel: Energie sparen», schloss die Regierungsrätin. (equ)

Alternativloses Ja für Gas-Kredit

Wie in ganz Europa sind auch in Liechtenstein die Vorbereitungen gegen einen Energiemangel im vollen Gang. Zentraler Bestandteil des Aktionsplan der Regierung ist dabei der Aufbau einer strategischen Gasreserve für zwei Wintermonate. Im Juni wurde Liechtenstein Wärme (ehemals LGV) beauftragt, Speicher zu reservieren und diese entsprechend zu befüllen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, hat ihr damals der Landtag ein zinsloses Darlehen von 15 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Aber seitdem das Darlehen gesprochen wurde, sind die Gaspreise massiv angestiegen: Anfang September lag das Preisniveau fast 85 Prozent über dem Niveau von Ende Juni. Darum braucht Liechtenstein Wärme nun einen Ergänzungskredit von 10 Millionen Franken, um die Reserve weiter aufbauen zu können. Ein Nein des Landtags zu diesem Kredit war kaum denkbar. Im Sinne vieler hielt der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann fest: «Wir haben keine Alternative.» Folglich sprachen sich auch alle Abgeordneten, bis auf die zwei DpL-Vertreter, für den Kredit aus. Kaufmann fragte sich aber, ob es möglich sein wird, den Reservespeicher bis November vollständig zu füllen. «Wir sind zuversichtlich, dass wir das schaffen», hielt Regierungsrätin Monauni fest. (equ)